

V0234/21

Corona Hilfe - Gastro, Kultur und Einzelhandel 4.0

-Dringlichkeitsantrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 15.03.2021-

Stadtrat vom 11.05.2021

Der Antrag der Verwaltung (V0314/21) und die Anträge der SPD-Stadtratsfraktion (V0205/21) und der Stadtratsfraktion der LINKEN (V0234/21) werden gemeinsam behandelt.

Stadtrat Schlagbauer zeigt sich überrascht über die Beschlussvorlage, da man sich im Verwaltungsrat der IFG einig darüber gewesen sei, die Online-Plattform weiter zu unterstützen. Natürlich sei man sich auch einig gewesen, dass sich das Geschäftsmodell irgendwann einmal selbst tragen müsse. Die SPD-Stadtratsfraktion habe einen Dringlichkeitsantrag auf weitere Förderung der Plattform gestellt, da der Vorschlag der Verwaltung nach Ansicht von Stadtrat Schlagbauer nichts mit aktiver Wirtschaftsförderung zu tun habe und einer Vollbremsung gleichkomme, insbesondere in diesen schwierigen Corona-Zeiten. Aus diesem Grund stellt Stadtrat Schlagbauer zum Antrag noch einen Änderungsantrag, der mehr in die Richtung der Diskussion im Verwaltungsrat der IFG gehe: Die Einstiegsschwelle so klein wie möglich halten, z. B. Finanzierung oder Bezuschussung der monatlichen Fixkosten und die einmalige Anmeldung bis Ende 2021. So habe man ein halbes Jahr Zeit, zu evaluieren und zu schauen, ob noch Handlungsbedarf bestehe. Der Antrag der Verwaltung sei ihm tatsächlich zu wenig.

Stadtrat Dr. Lösel möchte eine Lanze für die Beschlussvorlage der Verwaltung brechen. Der Austausch mit Einzelhändlern, mit Vertretern von Verbänden und IN-City habe gezeigt, dass das Projekt, das noch einige Zeit laufe, in ein nachhaltiges Konzept übergehen müsse. Das könne nicht geschehen, wenn immer weiter gefördert werde. Überlegt werden müsse deshalb, wie eine dauerhafte Tragfähigkeit gelinge.

Herr Dr. Rosenfeld stellt ein Missverständnis klar: Die Online-Plattform gehöre nicht der IFG, sondern dem privaten Verein IN-City, der auch die Idee dazu hatte. Zu Beginn der Corona-Krise sei eine Förderung für wertvoll erachtet worden. Von der IFG werde durchaus ein nachhaltiges Konzept unterstützt, das aber vom Verein und den Händlern erst erarbeitet werden müsse. Die Weiterentwicklung werde natürlich gefördert, wie z. B. die Unternehmensberatung von Aktivsenioren oder die Suchmaschinenoptimierung. Zudem seien Vorkehrungen getroffen worden, dass den Gewerbetreibenden des Cityfreiraums auch der Zugang zu Order Local ermöglicht werde. Es geht nach den Worten von Herrn Prof. Dr. Rosenfeld nicht um die Verhinderung einer Vollbremsung, denn die sei schon passiert, sondern um die Entwicklung eines klugen Onboarding-Konzeptes, um die Plattform wieder mit Leben zu füllen und weiterzuführen. Er bleibe bei seiner Ansicht, denn eine pauschale Förderung der Kostenfreiheit sei nicht zielführend.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf bittet um Konkretisierung des Änderungsantrages der SPD-Stadtratsfraktion.

Stadtrat Schlagbauer glaubt, dass die Gespräche mit IN-City gezeigt haben, dass man im Ziel in keiner Weise weit auseinander liege, aber der Weg sei unterschiedlich. Tatsächlich sei eine Vollbremsung bereits passiert und jetzt sei es ein Versuch, noch einmal Aktivität reinzubringen. Deshalb trägt Stadtrat Schlagbauer noch einmal seinen Änderungsantrag vor:

Die Einstiegskosten und die monatlichen Kosten von rund 30 EUR werden bis Ende des Jahres von der IFG übernommen, so dass aus finanzieller Sicht ein überschaubares Risiko eingegangen werde. Der Versuch der IFG werde dazu genommen und im Herbst werde das Ganze noch einmal betrachtet.

Stadtrat Pauling weist auf den Dringlichkeitsantrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE hin. Seine Partei sei auch nicht dafür, einen laufenden Betrieb, der sich nicht trägt, ewig zu subventionieren, auch ein einzelnes privates Unternehmen nicht. Der Hintergrund des Antrages sei gewesen, dass schon Steuergelder gezahlt worden seien. IN-City sei zudem auch ein stadtnaher Bereich mit vielen Personen in politischen Funktionen. Die Überlegungen seien dahingehend, ob es nicht eine Möglichkeit gebe, als städtischer Eigentümer auf dieser Handelsmarktplattform Synergieeffekte für Künstlerinnen und Künstler, Taxifahrerinnen und Taxifahrer und dgl. realisieren zu können. Diesem Antrag sei nicht nachgegangen worden. Entsprechende Plattformen gebe es in städtischer oder teilstädtischer Hand bereits, Starnberg sei dafür ein sehr gutes Beispiel. Neben dem Lieferservice könnte eine Stadt im Bereich der Kulturszene auch Synergieeffekte nutzen. In Bezug auf Amazon oder dgl. sei es nicht gut, Monopole zu haben. Bei einer lokalen Plattform in städtischer Hand könnten ordentliche Arbeitsbedingungen ermöglicht und nachhaltige Kriterien eingepflegt werden. Deshalb bedauere Stadtrat Pauling, dass eine andere Entscheidung getroffen worden sei. Auf jeden Fall spreche sich seine Stadtratsgruppe dagegen aus, nur eine Wirtschaftsförderung für ein Unternehmen zu tätigen, das sich selber nicht trage.

Abstimmung über den Änderungsantrag von Stadtrat Schlagbauer:

Gegen die Stimmen der Stadtratsfraktion SPD, Stadtrat Köstler, Stadtrat Lange, Stadtrat Over, Stadtratsgruppe DIE LINKE, Stadtrat Mißbeck:

Der Änderungsantrag mit der Maßgabe, dass die Einstiegskosten und die monatlichen Kosten von rund 30 EUR bis Ende des Jahres von der IFG übernommen werden und im Herbst dieses Jahres eine neuerliche Betrachtung der Situation erfolgt, wird mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung (V0314/21):

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.